

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Verkehrssicherheit erhöhen – Geschwindigkeitskontrollen ausweiten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die verstärkte Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Berlins Straßen durchzusetzen und hierfür die Geschwindigkeitskontrollen auf allen Straßen, schwerpunktmäßig an Straßen mit Tempo 30, auszuweiten. Um die Geschwindigkeitskontrollen berlinweit effektiver zu machen, ergreift der Senat unter anderem folgende Maßnahmen:

- Der Senat schafft prioritär 60 neue mobile oder stationäre Geschwindigkeitskontrollgeräte an und stellt die Bearbeitung durch die Bußgeldstelle sicher.
- Mobile Kontrollen sollen bei Abwägung der gesamthaften Verkehrssicherheitslage prioritär in Straßenabschnitten mit Tempo 30 eingesetzt werden.
- Die Bezirksämter bringen weiterhin bauliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Weg.
- Die Berliner Polizei führt „Aktionswochen Tempo 30“ durch, in denen verstärkt die Einhaltung der Geschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet kontrolliert wird. Zusätzlich klären in diesem Rahmen der Senat und die Polizei mit einer Öffentlichkeitskampagne über die Bedeutung von Tempo 30 für die Verkehrssicherheit, Lebensqualität sowie den Klima- und Umweltschutz auf.
- Der Senat wird dazu aufgefordert, das Begehren zahlreicher Kommunen gegenüber der Bundesregierung, die Einrichtung von Tempo 30 zu vereinfachen und ihnen verkehrsrechtlich mehr Spielraum zu ermöglichen, nachdrücklich zu vertreten und eine Bundesratsinitiative vorzubereiten, falls die Bundesregierung nicht im Sinne der Kommunen handeln sollte.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2023 zu berichten.

Begründung

Eine Reduzierung der Geschwindigkeiten des Kfz-Verkehrs auf 30 km/h ist das effektivste Mittel, um Sicherheit im Berliner Stadtverkehr für alle Verkehrsteilnehmer*innen substanziell zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für Menschen aus vulnerablen Gruppen, die nicht im Auto unterwegs sind. Die Ausweitung und Durchsetzung von Tempo 30 ist daher eine elementare und unverzichtbare Maßnahme zur Erreichung der „Vision Zero“. Weiterhin werden durch eine zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h im Vergleich zu Tempo 50 Lärm- und Abgasemissionen des Kfz-Verkehrs reduziert und die Lebensqualität in der Stadt spürbar verbessert. Auch in den Bereichen des Klima- und Umweltschutzes bietet Tempo 30 Vorteile gegenüber höheren Geschwindigkeiten, etwa durch eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass durch Tempo 30 keine negativen Auswirkungen auf den Verkehr entstehen, denn durch niedrigere Geschwindigkeit werden Stop-and-Go-Phasen sowie Staus unwahrscheinlicher und der Verkehrsfluss verbessert. Aus diesen Gründen gilt bereits heute an mehr als zwei Dritteln des Berliner Straßennetzes und besonders Wohn- und Nebenstraßen Tempo 30.

Neben der Anordnung sind jedoch die Kontrolle und Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzungen entscheidend, um die beschriebenen positiven Effekte von Tempo 30 zu erreichen. In den vergangenen Jahren wies das Land Berlin jedoch, gemessen an der Zahl der zugelassenen Pkw, die niedrigste Quote an geahndeten Geschwindigkeitsüberschreitungen im Bundesvergleich auf. Da auch im Berliner Stadtgebiet überhöhte Geschwindigkeit leider immer noch eine der häufigsten Ursachen für Unfälle mit Personenschaden ist, müssen der Senat und die Berliner Polizei die Geschwindigkeitskontrollen auf allen Straßen ausweiten. Die Einhaltung von Tempo 30 wurden in der Vergangenheit zu selten und nicht flächendeckend kontrolliert. Da Orte mit besonderem Schutzbedarf, wie etwa Schulen, Kindergärten oder Senioreneinrichtungen, an Straßen mit Tempo 30 angrenzen, müssen auch diese Orte verstärkt in den Fokus der Geschwindigkeitskontrollen genommen werden. Nicht zuletzt sind sichere Straßen unverzichtbare Voraussetzung für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität aller Berliner*innen.

Berlin, den 05.06.2023

Jarasch Graf Hassepaß
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke